

Markus Schuller

**Europäischer Verfassungsvertrag - Eine
systemtheoretische
Implementierungsstrategie**

Diplomarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren





JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ
Netzwerk für Forschung, Lehre und Praxis

„Europäischer Verfassungsvertrag -

Eine Implementierungsstrategie“



als Diplomarbeit am Institut für Unternehmensführung/ Forschungsschwerpunkt
Organisation im Sommersemester 2003/ 04

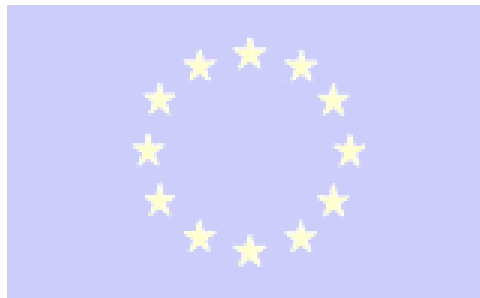
Schuller Markus

Inhaltsübersicht

Prolog	6
1. Europa – eine Analyse		
1.1 Kulturelles Subsystem	8
1.1.1 Bundesstaat vs. Staatenbund	8
1.1.2 EU-Osterweiterung	9
1.1.3 Militärstrategie á la Solana	11
1.1.3.1 Militärische Historie der Europäischen Union	11
1.1.3.2 Europäische Sicherheitsstrategie	13
1.1.4 Lissabon Strategie	15
1.1.4.1 Merkmale der Strategie	15
1.1.4.2 Aktueller Stand	17
1.2 Soziales Subsystem	21
1.2.1 Die bestehenden Institutionen	21
1.2.2 Konvent zur Zukunft der Europäischen Union	23
1.2.2.1 Konventsstruktur	24
1.2.2.2 Arbeitsweise	25
1.2.2.3 Ergebnis	27
1.2.2.4 Weiterführende Debatte	31
1.3 Technisch-Instrumentelles Subsystem	32
1.3.1 Budget der EU	32
1.3.2 Finanzielle Vorschau	34
2. Eine Theorie voller Systeme		
2.1 Menschenbild	36
2.1.1 Die Differenz macht den Unterschied	37
2.1.2 Organisation vs. Struktur	39

2.1.3	Kontrolle vs. Autonomie	40
2.1.4	Autopoiese vs. Allopoiese	42
2.1.5	Konsequenzen für Begriffswelt	44
2.1.5.1	Vertrauen	44
2.1.5.2	Macht & Vertrauen	45
2.1.5.3	Macht	45
2.1.5.4	Verantwortung	47
2.1.5.5	Konflikt	48
2.1.5.6	Lebensphasen	51
2.2	Beziehung emergenter Ebenen	53
2.2.1	Bewusstsein	53
2.2.2	Kommunikation	55
2.2.3	Sprachen	57
2.2.4	Interpenetration	58
2.3	Strategien horizontaler und vertikaler Integration	59
2.3.1	Strategischer Orientierungsrahmen	60
2.3.2	Strategische Verhaltensweisen	61
3.	Die Implementierungsstrategie	
3.1	Phase I – Organ konstituieren	64
3.2	Phase II – Kooperationen bilden	66
3.2.1	Kooperation mit Kommission	67
3.2.2	Kooperation mit Medien	69
3.2.3	Kooperation mit Zivilgesellschaft	73
3.2.4	Aufgabe des Organs	75
3.2.4.1	Monitoring	75
3.2.4.2	Innen-/ Außensicht	76
3.2.5	Bezugspunkt der Intervention	77
3.3	Phase III – Irritation stiften	78
3.3.1	Dekonstruktion	79
3.3.2	Strategiewahl	81
3.3.3	Mythen	83
3.3.3.1	Chimaira USA	83
3.3.3.2	Chimaira Demokratiedefizit	90

3.3.4	Ablauf von Phase III	92
3.4	Phase IV – Selbstreflexion ermöglichen	93
3.4.1	Rolle der Kommission	94
3.4.2	Rolle des Organs	96
3.4.3	Rolle der Medien	97
3.4.4	Rolle der nationalen, politischen Systeme	97
3.5	Phase V – Selbststeuerung institutionalisieren	98
Epilog	101
Literaturverzeichnis	103
Interviewverzeichnis	108



Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammensetzung des Konvents zur Zukunft der Union.....	25
Abbildung 2: Finanzielle Vorschau	32
Abbildung 3: Budgetstruktur	33
Abbildung 4: Konfliktverhalten	48
Abbildung 5: Lebensphasen	52
Abbildung 6: Lebenszyklus	53
Abbildung 7: Trust in certain institutions	67
Abbildung 8: Trust in European institutions.....	67
Abbildung 9: Bevorzugte Formen der Vermittlung von EU-Information.....	69
Abbildung 10: Informationsquellen zur aktuellen internationalen Lage.....	70
Abbildung 11: Interesse, mehr über Mitglieder des EP zu sehen/ hören.....	75
Abbildung 12: Interventionswürfel	80
Abbildung 13: Verbraucherstimmung weltweit	84
Abbildung 14: Wirtschaftswachstum USA	86
Abbildung 15: Wirtschaftswachstum Euroraum	86
Abbildung 16: Was sind die wichtigsten Aufgaben der EU	93

Prolog

Europa - ein geeintes, ein wiedervereintes, ein nie vereint gewesenes Europa. Wir stehen nun inmitten einer weiteren eruptiven Phase der europäischen Integrationsbewegung. Eine Bewegung, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges nur eine von Institutionen getriebene Richtung kannte. „The bigger, the better!“ Europa vereint sich selbst, sui generis, wie es in den Verträgen heißt. Ein tautologisches Schauspiel des Selbstbetruges, seit nunmehr 50 Jahren. Im Sinne der Bewegungsrichtung vollzieht die Europäische Union am 1. Mai 2004 offiziell einen Erweiterungsschritt um 10 Nationalstaaten. Eine Union von 25 wird Bestand haben.

Eine Union von 25 hatte bereits Bestand. Sie lebte und erlebte „etwas“ Verbindendes im Zuge der Konventsperiode. Die Mitglieder staunten über sich selbst, indem sie im Laufe der Plenartage Herkunft und Mandat weitgehend ablegten und anfangen europäisch zu denken. Rätseln um dieses „etwas“. Sind es nun die gemeinsamen Projektionen in das Transzendente, gemeint das Christentum? Oder ist es die gemeinsame Angst vor dem und den Anderen, die uns verbindet?

Nationalspezifisches Reflektieren über das Einende und das Trennende stand am Beginn des Verfassungskonvents. Transnationales Reflektieren der Konventsmitglieder an seinem Ende. Doch was sagen Frau und Herr Europäer dazu. 450 Millionen Menschen werden ab Mitte 2004 innerhalb der Unionsgrenzen ihr Leben führen. Werden sie es nach den Werten gestalten, die von 105 Personen im Konvent erdacht wurden? Werden sie es nach den Werten führen, in die die Staats- und Regierungschefs einwilligten ohne via Referenda Rückfrage zu halten, ob die Menschen diese Normen überhaupt für lebenswert halten?

Mein Menschenbild wehrt sich gegen diese deduktive Indoktrination von Lebensrichtlinien. Es ruft nach Partizipation. Es sehnt sich nach Kommunikation.

Ich zeige mit dieser Arbeit einen Weg, wie die Einführung der Europäischen Verfassung im Sinne eines partizipativen Entwicklungsansatzes vollzogen werden

kann, um Commitment zur Reflexion über die Normvorgaben der Verfassung zu erlangen. Dazu werden Anknüpfungspunkte für mögliche weitere Integrations Schritte gesetzt.

Begleiten wird mich bei dieser Strategiereise die Allgemeine Systemtheorie Luhmannschem Geiste. Sie ermöglicht mir einen Sprachraum, mit dem ich aufzeige, dass sich die Europäische Union ohne einen breit getragenen Lutsog in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit verlieren wird. Sie ermöglicht mir zu zeigen, dass Komplexitätsreduktion in Form von Gesellschaften auch anders gestaltet sein kann als in nationalstaatlicher Prägung.

In dem Bewusstsein, dass das Gelingen des Integrationsprojektes Europa kein gott-intendiertes Muss ist, und die Relevanz dieses Lebensraumes in seiner internationalen Bedeutung bedingt selbstbestimmt sein kann, hänge ich meine Gedanken, weshalb Europa in konsolidierter Form Verantwortung auf dem Weg zur Weltgesellschaft übernehmen soll, an eine These: Die Historie und seine Konsequenzen. Europa kann aus eigenen Erfahrungen im Umgang mit Konflikten und Konfliktbewältigung der internationalen Gemeinschaft Beispiele geben.

Lesen Sie die folgenden Seiten vor dem Hintergrund dieser einleitenden Gedanken und seien Sie sich bewusst, dass dies keine wissenschaftliche Aufzählung von vermeintlichen Fakten, sondern ein Strategieleitfaden für die Verantwortungsträger innerhalb Europäischen Union sein soll.

„What we do is complicated – the worst we can do is to simplify it.“

Andrew Duff, MEP

1. Europa – Eine Analyse

Um den Boden für eine strategische Implementierung aufzubereiten, bedarf es zuerst einer Aufarbeitung des vorliegenden Feldes. Die Analyse in Kapitel I orientiert sich an dem Gliederungsschema der 7 Wesenselemente/ 3 Subsystemtypen von Lievegoed und Glasl (1980)

1.1 Kulturelles Subsystem

1.1.1 Bundesstaat vs. Staatenbund

Wie viel Integration verträgt Europa? Auf diese Frage läuft die in Wellen auftretende Diskussion nach der Finalität der Europäischen Union hinaus. Dem, nach dem 2. Weltkrieg begonnenen, Integrationsprojekt lag kein explizit formuliertes finales Ziel zu Grunde. Der britische Premier Winston Churchill sprach früh von den „Vereinigten Staaten von Europa“, doch erzeugte seine Aussage kaum Resonanz in Form einer eingehenden Diskussion.

Sollten dennoch dieses Thema aufgreifende Diskurse geführt werden, steht in deren Mittelpunkt die Frage, ob sich die EU zu einem Bundesstaat weiterentwickeln oder ein Staatenbund bleiben soll.

Die Vertreter des Staatenbundes sind in Frankreich wohnhaft. Seit Staatspräsident de Gaulle, der von einem „Europa der Vaterländer“ ausging, blieben die Franzosen dieser Linie treu. Das bedeutet ein Beibehalten des bereits existierenden Gebildes der

Europäischen Union. Dieser Organisationsform fehlen mehrere konstitutive Staatsmerkmale. Zum Beispiel gibt es kein Volk, sondern lediglich Mitgliedsländer und die Organisation besitzt keine staatliche Gewalt. In Summe behalten die Staaten ihre Souveränität und geben nur in einzelnen Feldern ihre Kompetenz ab.

Vertreter des Bundesstaates finden sich in Deutschland und Italien wieder. Der Bundesstaat impliziert das Organisationsprinzip selbständiger Glieder, die sich zu einem übergeordneten Ganzen zusammenschließen. Jeder einzelne Staat ist mit den politischen Institutionen einer repräsentativen Demokratie und eigenen Kompetenzen ausgestattet.

Bei all der, in dichotomischen Begriffsparen, geführten Diskussion über die institutionelle Ausgestaltung eines gemeinsamen Gebildes wird die einzig relevante Frage übersehen: Wozu soll es dienen? Kann diese Frage in Form einer temporalen Finalität beantwortet werden, lässt sich, unter Berücksichtigung der diversen Erfahrungskreise, das Gebilde strukturell ausgestalten.

1.1.2 EU-Osterweiterung



In wenigen Monaten wird sich die Europäische Union um 10 Nationalstaaten erweitern. Damit findet der Erweiterungsprozess für die nächsten drei bis vier Jahre ein vorläufiges Ende. Für die Beitrittsländer stellt der 1. Mai 2004 den Abschluss einer 16 Jahre andauernden Reise dar. Sie begann mit dem Fall der Berliner Mauer, führte über Handels- und Kooperationsabkommen zu den Assoziierungsverträgen Mitte der 90-er Jahre und kurz darauf zu den EU- Mitgliedschaftsanträgen. Offiziell wurden die Beitrittsverhandlungen am 31. März 1998 eröffnet. Nachdem die 31 Kapitel des Acquis Communautaire binnen 4 Jahren bearbeitet und die Ergebnisse dieser Verhandlungen von jedem Mitgliedsland und jedem Bewerberland im Einklang mit den eigenen demokratischen Entscheidungsprozessen ratifiziert wurden, ist nun der Weg frei für den formalen Beitritt. In allen Kandidatenländern mit Referendum wurde eine Zustimmung zum Beitritt erreicht. Die Zustimmungquoten lagen dabei zwischen 67% und 93%.

Informell ist der Beitritt bereits vollzogen (siehe **1.2.2.1 Konventsstruktur**).

Der volkswirtschaftliche Nutzen der letzten 1 ½ Jahrzehnte spricht für die Strategie, die Länder Zentral- und Osteuropas in die EU zu integrieren. Die Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union hat sich in den Beitrittsländern als relevanter Katalysator auf dem Weg der Umgestaltung des Wirtschaftssystems erwiesen. Erkennbar daran, dass der private Sektor der angehenden Mitglieder in der Zwischenzeit 80% zur jeweils nationalen Wirtschaftsleistung beiträgt. Auch wurden die nationalen Industrien durch hohe Produktivitätssteigerungen international wettbewerbsfähig. Ausdruck dafür ist, dass 70% der Exporte in die EU gehen und der Erlös 40% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt. Damit verbunden ein Ansteigen der Marktanteile innerhalb der EU. Betrug der Anteil Osteuropas an den gesamten Importen der EU 1995 noch 7%, stieg dieser bis 2002 auf 11% an. Innerhalb von 7 Jahren wurde Japan überholt, dessen Marktanteil im Vergleichszeitraum von 10% auf 7% gesunken ist.

Im Zeitraum 1997 bis 2002 stieg das BIP pro Kopf der Region (gemessen in EUR) mit fast 60% deutlich höher als zum Beispiel jenes in den asiatischen Wachstumsmärkten. Mit einem jährlichen BIP pro Kopf von durchschnittlich EUR 6.100 ist Zentral- und Osteuropa daher zur leistungsfähigsten Emerging Market-Region der Welt geworden.

Budgetsituation Beitrittsländer

Die neuen Mitgliedsländer haben durchwegs angespannte Budgetsituationen. Der hohe Finanzierungsbedarf für die EU Mitgliedsbeiträge, die Kofinanzierung der Strukturfondsprojekte, zum Teil höhere Militärausgaben im Rahmen der NATO, treiben das nationale Budget in den roten Bereich. In Zahlen ausgedrückt. Die EU-Herbstprognose weist für die Budgetdefizite der Beitrittsländer des Jahres 2004 eine Höhe von 5% des BIP aus. Für 2005 wird ein Defizit von 4,1% des BIP prognostiziert. Im Vergleich dazu werden für die EU-15 Defizitzahlen in der Höhe von 2,6% (2004) und 2,4% (2005) erwartet. Die USA errechnet 5,5% (2004) und 5,4% (2005). Japan leistet sich 7,2% (2004) und 7,1% (2005). Die seitens der 10 Nationalstaaten zugrunde gelegten Zahlen werden von Eurostat angezweifelt und